

Haushaltsrede der UWV-Fraktion zum Haushalt 2011

Die Stadt Euskirchen – ein Fall für die Insolvenzordnung?

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates
sehr geehrter Herr Dr. Friedl,

der städtische Haushalt hat sich in den letzten Jahren immer desaströser entwickelt als in den jeweiligen Vorjahren. Bei Einführung des NKF sagten Sie, Herr Dr. Friedl, dass das Haushaltsdefizit 2010, spätestens aber 2011 aus der allgemeinen Rücklage nicht mehr gedeckt werden könne. Die derzeitigen Tatsachen bestätigen Ihre damalige Voraussage. Wie Recht Sie doch hatten!

Umso unverständlicher ist es zu begreifen, dass bei der Prioritätenliste über eine weitere Investition für das Casinogebäude nachgedacht wird. Nein: Wie mir von unserem Ausschussmitglied mitgeteilt und im Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz bestätigt wurde, ist sogar ein Beschluss in dem besagten Treffen bzgl. des Casinos getroffen worden. Mir ist nicht bekannt, dass es sich hierbei um ein Entscheidungsgremium handelt.

Wenn sich die Beteiligten richtig erinnern, wurde von meiner Seite ausgeführt, dass zumindest wir darüber in der Fraktion noch beraten müssen. Ob in anderen Fraktionen die Fraktionsvorsitzenden solch weitreichende Entscheidungen allein und ohne Rücksprache treffen

dürfen, entzieht sich meiner Kenntnis und widerspricht, sollte es so sein, meinem demokratischen Grundverständnis.

Fakt ist: nach eingehenden Überlegungen in unserer Fraktion sind wir übereingekommen, dass nach derzeitigen und zukünftigen Berechnungen des Kämmerers – Prioritätenlisten hin oder her – diese Investition aus Rentabilitätsgründen nicht getätigt werden sollte. Sicher ist die Gegenfinanzierung durch Einsparung der Alarmanlagen der Förderschulen eine Möglichkeit, wir meinen aber, dass es für unsere Stadt und dem Allgemeinwohl noch andere – wichtigere – Baustellen gibt.

Wie wir im Haupt- und Finanzausschuss bereits durch einen Antrag angeregt haben, würde eine Bürgerbeteiligung an Haushaltsplanberatungen nicht schaden. Hier könnte der Bürger mal zum Ausdruck bringen, welche Prioritäten und Maßstäbe er sieht. Derartige Informationsveranstaltungen kosten nur einen Bruchteil dessen, worüber wir beim Thema Casino sprechen.

Also sollte es in Zukunft heißen: Mit dem Bürger und nicht am Bürger vorbei!

Wie können wir dem Haushaltsdefizit entgegen wirken?

Sicher wäre die Erhöhung der privaten Abgaben der falsche Weg.

Sicher hätte die Stadt zunächst einmal etwas mehr Geld in der Tasche. Aber Vorsicht, der Schein trügt. Die Kaufkraft der Hauseigentümer würde geschwächt und diejenigen, die ihr Eigentum vermietet haben, würden diese Steuererhöhung zu 100 % auf die Mieter umlegen.

Folge:

Mieter mit Hartz IV belasten wiederum den öffentlichen Haushalt. Insofern fließt das zusätzlich erwirtschaftete Geld auch wieder ab. Es handelt sich somit nur um eine Kostenspirale, deren Ende nicht absehbar wird. Zusätzlich würde aufgrund der gestiegenen Steuerkraft in den Folgejahren die Kreisumlage steigen und die Schlüsselzuweisungen sinken. Dies würde bedeuten, dass unsere Bürger einen erheblichen Beitrag zur Sanierung anderer Haushalte (Land und Kreis) leisten, ohne etwas davon zu haben.

Denn:

Wenn ich mir die Plandaten für die nächsten Jahre ansehe, könnten wir jedes Jahr die Steuern anheben. Aus besagtem Grund werden wir einer Steuererhöhung – welcher Art auch immer – nicht zustimmen.

Einsparpotenzial sehen wir immer noch im Verkauf der EU GEBAU-Anteile. Hier sollten die Fraktionen endlich umdenken, denn die EUGEBAU zählt nicht mehr zu den Kernaufgaben der Stadt. In diesem Punkt geben wir der IHK Aachen Recht, die sagt, dass sich die Stadt von nicht betriebsnotwendigem Vermögen trennen soll. Wir reden hier von einem zu erwartenden Veräußerungserlös in Höhe von rd.

8,1 Mio. EUR.

Dies würde eine recht hohe Teilentschuldung nebst enormer Zinsersparnis bedeuten, sofern diese nicht für den allgemeinen Haushalt „verbraten“ wird.

Weiteres Einsparpotenzial bietet nach wie vor das EUCF. Auch jetzt noch wird das EUCF mit über

323.000,-- EUR

bezuschusst. Wir sollten uns endlich davon trennen. Vielleicht denkt die Verwaltung 2015 anders als bisher. Denn in 2015 kann die Verwaltung nicht mehr gebetsmühlenartig mit der Verpflichtung zur Rückzahlung von Landesmitteln argumentieren.

Zur Kreisumlage gibt es nichts Neues zu sagen. Sie steigt, und steigt, ...!

Auch wir sind, wie viele Andere der Meinung, dass der Kreis Euskirchen endlich zukünftig ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufstellen sollte, um die Kommunen nicht noch weiter zu belasten.

Zu den Eigenbetrieben sei noch folgendes gesagt:

Nicht immer sind die Kreditaufnahmen nachvollziehbar! Hier haben wir uns – besonders im vergangenen Jahr gefragt, ob der gesunde Menschenverstand nur zeitweilig ausgesetzt oder vielleicht gar nicht vorhanden ist bzw. war. Nur als Beispiel:

Wenn ein Kredit in Millionenhöhe aufgenommen wird, ohne das dieser wirklich benötigt wird, und der Haushalt mit hohen fünfstelligen Zinsbeträgen belastet wird, ist dies schon sehr seltsam. Wenn dann aber noch weiter ausgeführt wird, dass man diese Summe gut angelegt hat, fragt man sich, ob die verantwortlichen Personen der Grundrechenarten mächtig sind. Hier stellt sich die Frage, ob alle Verantwortlichen im Vorfeld informiert waren? Wenn ja, muss man sich die Frage stellen, ob diese Personen in ihren Funktionen an der richtigen Stelle sitzen. Somit ist für uns kein ernsthafter Sparwille erkennbar.

Eine weitere finanzielle Unwägbarkeit wird noch auf uns zukommen. Der Austritt aus der KDZ. In den Fraktionen wurde der Eindruck erweckt, dass sehr viele Mitglieder sowohl im Kreis Euskirchen als auch im Kreis Düren austreten würden. Ausgetreten sind letztendlich nur wenige, nach meinem Kenntnisstand nur Euskirchen und Nettersheim. Andere Kommunen haben nach Prüfung der Zahlen festgestellt, dass auch bei einer derzeit leichten Einsparung erhebliche Folgekosten auf sie zukommen, weil entweder Abstandszahlungen in Millionenhöhe oder eine nicht unerhebliche Personalübernahme daraus resultieren würden. Diese Mehrkosten fressen die Einsparungen für die nächsten 20 – 50 Jahre – je nach Zinshöhe – auf. In diesem Zusammenhang fühlen wir uns durch die Verwaltung nicht ausreichend beraten. Ggf. hätte man bei einer entsprechenden Neuberechnung, den Ratsbeschluss noch korrigieren können.

Unter Berücksichtigung des Gesamtergebnisplanes, der für die nächsten Jahre massive Defizite verspricht und mit einer durchschnittlichen Jahresdeckungslücke von 14,1 Millionen EUR beziffert wird, haben wir in ca. 10 Jahren unser Eigenkapital aufgezehrt und würden dann, wären wir tatsächlich ein Unternehmen, ein Fall für die Insolvenzordnung. Wir glauben kaum, dass für uns ein Rettungsschirm a la Griechenland gespannt wird. Also verschließen wir nicht weiter die Augen, sondern ändern endlich die bisherige Vorgehensweise. Unsere Hoffnung in Richtung einiger Fraktionen ist in dieser Hinsicht eher begrenzt, wie wir in der kommenden Abstimmung sicher einmal mehr erfahren werden.

Aus diesen vorgenannten Gründen können wir dem vorliegenden Haushaltsplan, mit den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe und der Prioritätenliste nicht zustimmen! Dem Stellenplan stimmen wir zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Es gilt das gesprochene Wort)